
Bettina Dempewolf
Leiterin Kommunikation
Telefon: +49 (171) 9713962
bettina.dempewolf@plasticseurope.de

UN-Plastikabkommen: Delegierte sollten Kunststoffabfälle als Rohstoff betrachten

Brüssel, 17.04.2024 – Virginia Janssens, die Geschäftsführerin von Plastics Europe AISBL, kommentiert die Verhandlungen zum UN-Plastikabkommen (INC4), die vom 23. bis 29. April in Ottawa fortgesetzt werden: „Damit die Verhandlungen zum UN-Plastikabkommen erfolgreich und im Rahmen der vorgegebenen Zeit abgeschlossen werden können, bitten wir alle Beteiligten, einschließlich unserer Industrie und den Regierungen, noch enger zusammenzuarbeiten und in Ottawa eine gemeinsame Lösung für den Umgang mit Plastikmüll zu finden. Wir sind davon überzeugt, dass die Transformation der Kunststoff-Wertschöpfungskette von einem linearen zu einem zirkulären System, in dem alle Kunststoffanwendungen verantwortungsbewusst genutzt, wiederverwendet und recycelt werden, entscheidend ist, um die verschiedenen Probleme, die mit Kunststoffabfällen verbunden sind, anzugehen.“

Der effektivste Weg, um diese Transformation zu beschleunigen, besteht darin, dass das UN-Plastikabkommen Kunststoffabfälle als wertvollen Rohstoff behandelt. Je wertvoller Kunststoffabfälle sind, desto mehr Anreize gibt es, sie wiederzuverwerten und zu recyceln, anstatt sie wegzuworfen, zu verbrennen oder zu deponieren, so die Argumentation der Kunststofferzeuger. Dies würde laut PlasticsEurope einen starken Anreiz für weitere Investitionen in die Abfallwirtschaftsinfrastruktur und Forschung schaffen, was sowohl das Wachstum ankurbelt als auch neue Arbeitsplätze schafft. Der Fokus der Verhandlungen sollte daher in erster Linie auf Maßnahmen liegen, die den Wert von Kunststoffabfällen steigern, indem sie die Nachfrage nach zirkulären Kunststoffen erhöhen. Zum Beispiel, durch die Einführung von verbindlichen Rezyklateinsatzquoten für kunststoffverarbeitende Branchen auf nationaler Ebene.

Politische Maßnahmen, die die Nachfrage nach Plastikabfällen steigern, müssen zudem durch nachhaltige Finanzierungsmechanismen unterstützt werden, beispielsweise durch die Einführung von Programmen zur erweiterten Herstellerverantwortung (EPR). Diese Programme, die in Europa bereits zum Einsatz kommen, haben sich als äußerst effektives Instrument erwiesen, um die Industrie an der Finanzierung und der Entsorgung ihrer Produkte am Ende ihrer Lebensdauer zu beteiligen. „Obwohl die Verhandlungen schnell zum Abschluss kommen müssen und ambitionierte Ziele verfolgen, sollten die Delegierten vermeiden unbedachte Entscheidungen zu treffen, die zwar auf den ersten Blick gut aussehen, aber langfristig unbeabsichtigte Folgen haben könnten“, so Virginia Janssens. „Statt auf Verbote und Negativlisten zu setzen, die eher ungenau und

kontraproduktiv sind, appellieren wir an die Delegierten, praxistaugliche- und wissenschaftlich fundierte Maßnahmen zu unterstützen. Dies würde uns ermöglichen, problematische und vermeidbare Anwendungen von Kunststoffen zu identifizieren und zu verhindern, dass diese in die Umwelt gelangen, ohne dass weitere Umweltschäden entstehen oder unnötige sozioökonomische Schäden verursacht werden.“

Über den Verband:

Plastics Europe ist der Europäische Verband der Kunststoffhersteller mit Büros in mehreren Wirtschaftszentren Europas. Mit fast 100 Mitgliedsunternehmen, die für mehr als 90 Prozent der Kunststoffproduktion in Europa stehen, sind wir ein bedeutender Akteur der Kunststoffindustrie mit der Verantwortung, offen und eng mit den verschiedensten Interessengruppen zusammenzuarbeiten - um sichere, kreislauffähige und ressourcenschonende Ideen und Produkte zu entwickeln. Unser Ziel ist es, den Wandel der Branche hin zu mehr Nachhaltigkeit intensiv voranzutreiben.
<https://plasticseurope.org/de>